MUSTERANTRAG II

*An Herrn/Frau Vorsitzenden / Vorsitzende xxxx*

**Antrag Finanzielle Beteiligung des Landes bei der Kinderbetreuung sicherstellen**

*Datum, XXX*

*Sehr geehrter/e Herr/Frau Vorsitzender/e,*

die *Gemeindevertretung/Stadtverordnetenversammlung/der Kreistag* möge beschließen:

1. Der *Gemeindevorstand/Magistrat/ Kreisausschuss* wird aufgefordert sich beim Land Hessen für eine angemessene Kostenbeteiligung in den folgenden Bereichen der Kinderbetreuung einzusetzen:
* Investitionskosten insbesondere für einen dem Bedarf entsprechenden Ausbau von Ganztagsplätzen
* Förderung dualer Ausbildungsplätze
* angemessene Beteiligung an den Betriebskosten

Begründung:

In den nächsten Jahren wird der Bedarf im Bereich der Kinderbetreuung weiter steigen. Dabei geht es einerseits um einen erhöhten Bedarf an Plätzen, aber auch um eine Ausweitung der Betreuungszeiten. Um diesen steigenden Bedarf stemmen und zugleich ein gutes pädagogisches Angebot bereit halten zu können, haben die Kommunen einen hohen Investitionsbedarf.
Hier muss sich das Land ebenso angemessen beteiligen wie an der Förderung von Plätzen der dualen Erzieherinnen- und Erzieherausbildung im Sinne der sogenannten praxisintegrierten Ausbildung (PiA) bzw. der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung (PivA). Der Fachkräftemangel im Bereich der Erzieherinnen und Erzieher ist bereits gravierend und wird sich in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Das PiA bzw. PivA Modell erhöht die Attraktivität der Ausbildung und hat das Potenzial, neue Fachkräfte zu akquirieren.
Schlussendlich muss das Land sich auch an den regulären Betriebskosten stärker beteiligen. Die hessischen Kommunen tragen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern den höchsten Finanzierungsanteil. Der *Gemeindevorstand / Magistrat / Kreisausschuss* muss sich daher beim Land Hessen dafür einsetzen, dass der Finanzierungsanteil des Landes deutlich erhöht wird.